



DIE ROTE HILFE

3.2019

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 2 EURO | 45. JAHRGANG | C 2778 F | WWW.ROTE-HILFE.DE

S. 9
REPRESSION

Schwarzer Freitag –
Solidarität gegen
Betriebsrepression

S. 23
INTERNATIONALES

Interview:
Ein Aktivist aus
Burkina Faso berichtet

S. 26
SCHWERPUNKT

Die Untertanen –
Gedanken zu
Autoritätshörigkeit

S. 30

Polizeigewalt in der
BRD – Ein Fall für
Amnesty International

S. 40

„Grotesk falsch“ –
Der sogenannte Bremer
Brechmittelprozess



■ Der Rote Hilfe ist es wichtig, männlich oder binär dominierte gesellschaftliche Verhältnisse in ihren Publikationen nicht sprachlich zu reproduzieren. Deshalb bittet das Redaktionskollektiv der *RHZ* alle Autor_innen darum, in ihren Beiträgen Gender-Gap oder Gender-Sternchen zu nutzen. Sofern im Heft Beiträge abgedruckt sind, bei denen dies nicht der Fall ist, liegt das in einer ausdrücklichen Entscheidung der Autor_innen begründet oder daran, dass bspw. ein historischer Text nachgedruckt wird. In beiden Fällen möchte das Redaktionskollektiv nicht durch eigenhändiges Gendern ein Bewusstsein vorspiegeln, dass bei den Autor_innen beim Verfassen des Beitrags – aus welchen Gründen auch immer – tatsächlich nicht vorhanden war.



WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

IN EIGENER SACHE

- 4 Geld her! Dafür brauchen wir Eure Mitgliedsbeiträge ...
- 8 Stammheim, Stadion, Staatsgefährdung?! – Bericht zum Bakj-Sommerkongress 2019

REPRESSION

- 9 Heraus zum Schwarzen Freitag – Solidarität gegen Betriebsrepression
- 12 linksunten verboten – Streitgespräch über Meinungsäußerungsfreiheit und Klassenjustiz
- 14 40 Jahre Berufsverbote in Baden-Württemberg
- 17 Versammlungsfreiheit gegen Gebühr? – Die Polizei bittet zur Kasse

REPRESSION INTERNATIONAL

- 19 Freiheit für Jock Palfreeman!
- 21 Kampf hinter Gittern – Was „Knast-Anwälte“ können: Ein Interview mit Mumia Abu-Jamal
- 23 „Wer Kritik äußert, wird verdächtigt“ – Ein Aktivist aus Burkina Faso berichtet

SCHWERPUNKT

- 26 Die Untertanen – Gedanken zu Autoritätshörigkeit
- 30 Polizeigewalt in Deutschland – Ein Fall für Amnesty International
- 32 Polizist_innen anzeigen?! Das schafft keine Gerechtigkeit
- 34 Zweierlei Maß – Grundsätzliche Probleme der strafrechtlichen Aufarbeitung von Polizeigewalt
- 36 Nein. Kein Zufall und kein Einzelfall – Zur Bochumer Studie über Polizeigewalt
- 38 Eine Tat, ein Toter, aber kein Täter – Die Tötung von Laye Condé im Jahr 2005
- 40 „Grotesk falsch“ - Der sogenannte Bremer Brechmittelprozess
- 43 Sich fragen, wie das geschehen konnte
- 46 Brutal, korrupt, illegal und ohne Konsequenzen
- 48 Racial Profiling – Rassistische Polizeipraxis ist Alltag
- 49 Straflosigkeit ist die Regel – Interview mit Aldo Marchesi

AZADI

- 54 Azadi

GET CONNECTED

- 58 Facebooks schlimmstes Gift – Die Zahlenreligion ist das Heroin der Aktivist_innen

AUS ROTER VORZEIT

- 60 Die illegale Rote Hilfe Deutschlands im Bezirk Niederrhein ab 1933

REZENSION

- 63 Verrat in München und Burghausen

„... ein Beispiel für alle Kämpfer zu geben, dass die proletarische Solidarität für die Angehörigen der Hingerichteten sorgt.“

Die illegale Rote Hilfe Deutschlands im Bezirk Niederrhein ab 1933

Silke Makowski (Hans-Litten-Archiv)

■ Bereits in der Entstehungszeit der Rote-Hilfe-Arbeit gab es am Niederrhein flächendeckend Solidaritätsausschüsse, wobei das übergeordnete Bezirkskomitee Rheinland-Westfalen Süd unter Fridolin Leutner schon 1922 in Düsseldorf angesiedelt war.¹ Die 1924 als Mitgliederorganisation gegründete Rote Hilfe Deutschlands (RHD) wuchs auch hier sehr schnell: von 9.300 BeitragszahlerInnen in 77 Ortsgruppen im Jahr 1925 stiegen die Zahlen des Bezirks Niederrhein in zwölf Monaten auf 13.047 Mitglieder in 90 lokalen Strukturen an. Nach dem reichsweiten Aufschwung Anfang der 1930er Jahre waren im Herbst 1932 schließlich 21.345 Rote HelferInnen in 196 Ortsgruppen erfasst. Allerdings war es kaum gelungen, Mitglieder jenseits der Kommunistischen Partei (KPD) in die aktive Arbeit einzubeziehen: während in der Gesamtorganisation Parteilose 51 Prozent der FunktionärInnen stellten, waren am Niederrhein nur 27 Prozent der Posten mit Nichtmitgliedern der KPD besetzt. Noch extremer schlug sich diese Problematik in den Spitzengremien nieder, wie der Berliner RHD-Zentralvorstand bei seiner Sitzung im Mai 1932 in einer internen Statistik kritisch anmerkte: „Es gibt Bezirke – wie Berlin, Ostpreußen, Sachsen, Mitteldeutschland, Niederrhein – wo die Bezirksvorstände nur aus Kommunis-

ten zusammengesetzt sind.“ („Stand der Organisation im I. Quartal 1932 (Rote Hilfe Deutschl.)“, StAB 4,65 D 0482).

Eigene Publikationen sorgten für breite Aufmerksamkeit, so die Broschüre des Bezirkskomitees „Der Prozess gegen Bludau u. Genossen vor dem Düsseldorfer Schöffengericht“ von 1924 und die ab 1925 erscheinende Zeitung „Rote Hilfe“ (1926 umbenannt in „Kerkerstimmen“, ab 1927 „Mitteilungsblatt“).² Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand stets Düsseldorf als Sitz der Bezirksleitung, der seit 1930 der sorbische Kommunist Karl Jannack vorstand und die ihr Büro zuletzt in der Klosterstraße 34-36 hatte. Mit den angrenzenden RHD-Bezirken Ruhr und Mittelrhein gab es eine enge Kooperation, indem ein gemeinsamer Vertreter in den Zentralvorstand entsandt und Kampagnen abgestimmt wurden.

Von den brutalen Verhaftungswellen der Nazis im Frühjahr 1933 wurde auch die Rote Hilfe schwer getroffen, und nach dem Verbot im März war ein Großteil der Ortsgruppen handlungsunfähig. Immerhin konnten einige führende FunktionärInnen rechtzeitig untertauchen, doch waren die verbliebenen Strukturen auf die Illegalität schlecht vorbereitet. In der sich verschärfenden Situation sah sich Jannack im Sommer 1933 zur spontanen Flucht ins Ausland genötigt und informierte erst von Frankreich aus seinen engsten Mitarbeiter, der wiederum die Reichsebene in Kenntnis setzte. Diese

unabgesprochene Entscheidung sorgte für harsche Kritik, da sie einen eklatanten Verstoß gegen die internen Regeln und einen Schlag für die Solidaritätsarbeit vor Ort darstellte.

Weit schwerwiegender auf die Tätigkeit und auch das Ansehen der Roten Hilfe wirkte sich aus, dass sich der frühere Organisationsleiter der RHD Niederrhein im Spätsommer von den Nazis „umdrehen“ ließ und systematisch Namen von WiderstandskämpferInnen nannte. Die dadurch ausgelöste verheerende Repressionswelle fasste der Zentralvorstand Mitte November 1933 zusammen: „Durch den Spitzel Schleelein (früher Orgl. in Hessen-Frankfurt, der dann später nach Düsseldorf geschickt wurde) sind die Leitungen im Ruhrgebiet, Nieder- und Mittelrhein Anfang September hochgefliegen, auch die Leitungen der P[artei] wurden durch diesen Verräter verhaftet. Wir haben seit zwei Wochen einen Instrukteur in diesem Gebiet, der die abgerissenen Verbindungen wieder herstellen soll.“ (Bericht der Orgabteilung für die Zeit vom 1.10. bis 15.11.33, Seite 8, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 30). Während die Verbindungen nach Berlin über Monate hinweg gekappt blieben, hatten sich die Ortsgruppen ohne Hilfe von außen notdürftig neu zusammengefunden, wobei sie von befreundeten Widerstandsnetzwerken unterstützt wurden. Die von dem Spitzenfunktionär verursachten Massenverhaftungen hatten die Rote Hilfe allerdings stark diskreditiert und das Vertrauen vieler SympathisantInnen gekostet,

¹ vgl. „Personalien der zurzeit gültigen Adressen sämtlicher Bezirkskomitees der „Roten Hilfe“ vom 17.6.1922, StAB 4,65 D 0470

² vgl. Heinz Sommer, Literatur der Roten Hilfe in Deutschland, Berlin 1991, S. 24, 81f und 90



so dass ihr Wirkungsfeld zunächst beschränkt blieb.

Nachdem im Dezember 1933 der Instrukteur „Grünberg“ von Berlin in die Region entsandt worden war, um den Neuaufbau zu koordinieren und eine Bezirksleitung zu bilden, besserte sich der Zustand rasch. Ein erster breit sichtbarer Höhepunkt der illegalen RHD-Arbeit am Niederrhein war die Kampagne gegen die Todesurteile im Prozess gegen die Geresheimer Arbeiter, die des Mordes an dem SS-Scharführer Kurt Hilmer beschuldigt wurden. Vor und nach der Hinrichtung der drei Kommunisten Emil Schmidt, Otto Lukat und Peter Huppertz am 27. März 1934 in Düsseldorf kam es in den drei westlichen Bezirken flächendeckend zu Flugblatt- und Streuzettelaktionen, und nächtliche Malkolonnen schrieben Protestparolen auf Wände und Bauzäune.

Zwar wurde diese Öffentlichkeitskampagne in alleiniger Verantwortung der Bezirksleitungen und lokalen Rote-Hilfe-Gruppen entwickelt, doch stärkte der Berliner Zentralvorstand diese Bemühungen durch finanzielle Zuschüsse und Pressearbeit: „Der Z.V. hat sofort nach der Hinrichtung der Geresheimer Genossen in Düsseldorf dem Bezirk Mk. 150.- zur Verfügung gestellt, um diese an die Angehörigen zu verteilen. Dadurch war es nicht nur möglich, die Angehörigen politisch und moralisch zu stärken und damit ein Beispiel für alle Kämpfer zu geben, dass die proletarische Solidarität für die Angehörigen der Hingerichteten sorgt, sondern dadurch waren wir auch in der Lage, sofort Bilder und notwendige andere Mitteilungen über das Leben dieser und einer Reihe anderer ermordeter Kämpfer des Industriegebietes zu bekommen. Je grösser die Solidaritätsarbeit gegenüber den Angehörigen der Verhafteten ist, desto grösser ist auch die Möglichkeit von diesen Angehörigen Terrorberichte zu erhalten und durch sie andererseits auch die direkte Verbindung zu den Verhafteten selbst herzustellen.“ („Bericht über die Lage der Organisation und die Tätigkeit des Zentralvorstandes

für das erste Halbjahr 1934“, SAPMO RY I 4/4/27 S. 9, Bl. 79).

Im April 1934 beteiligte sich die RHD Niederrhein an der reichsweiten Kampagne zum Geburtstag des inhaftierten KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann mit Flugblattverteilungen und dem massenhaften Versand von Geburtstagskarten an den prominenten Gefangenen. Gemeinsam mit Ruhr und Mittelrhein hielt der Bezirk den Themenschwerpunkt für mehrere Wo-

Niedersachsen eingeschleuste Gestapo-informantin „Marga“ fiel der Oberinstrukteur „Grünberg“, der die Aktivitäten im Großraum dauerhaft begleitet hatte, den NS-Verfolgungsbehörden in die Hände. Von den folgenden weiteren Verhaftungen waren viele führende Mitglieder betroffen, und die Verbindungen zwischen den Basisgruppen rissen ab, weshalb sich die Tätigkeit weitgehend auf lokale Direkthilfe beschränken musste.

Da der Kontakt nach Berlin ebenfalls verlorengegangen war, konnte der Zentralvorstand zunächst nicht aktiv helfen, bemühte sich aber intensiv, wieder Anschluss nach Düsseldorf zu finden. Dabei kam der RHD-Grenzstelle in Amsterdam eine zentrale Rolle zu, die neben der Versorgung der aus Deutschland geflüchteten AntifaschistInnen auch für die Betreuung der illegalen Roten Hilfe in den angrenzenden Gegenden zuständig war. Von Amsterdam aus bereiste der neue Instrukteur „Otto“, der frühere KPD-Reichstagsabgeordnete Paul Papke, im Januar 1935 den Niederrhein und die Nachbarregionen, um neue Leitungen einzusetzen und die geschwächte Organisation wiederzubeleben.

Schwerpunkte des niederländischen RHD-Grenzstellenleiters „Georg“ waren die Produktion und der Vertrieb antifaschistischer Druckschriften: zum Jahres-



RHD-Broschüre_Marty_Rettung_1935_Bestand_Nick_Brauns

chen aufrecht und gab zum 1. Mai 1934 erneut Thälmann-Postkarten heraus. Außerdem erstellte die RHD Niederrhein in der ersten Jahreshälfte 1934 eine eigene Zeitung unter dem Titel „Alarm“ und vertrieb sie zusammen mit reichsweiten Publikationen wie dem vom Zentralvorstand herausgegebenen „Tribunal“.

Organisatorisch hatte sich die illegale Rote Hilfe in der Region stabilisiert, und die wie vielerorts maximal dreiköpfige Leitung stand in regem Austausch mit dem Zentralvorstand. Im Frühsommer 1934 gelang den Nazis erneut ein schwerer Schlag gegen die Solidaritätsstrukturen im Westen: Durch die in die RHD

wechsel 1934/1935 erreichten trotz der schwachen Kontakte 1200 Exemplare des RHD-Zentralorgans „Tribunal“ sowie 500 Solidaritätskalender die drei westlichen Bezirke, indem die KPD-Anlaufstellen für die Verteilung genutzt wurden. Außerdem leistete der Exilfunktionär unverzichtbare finanzielle Hilfe, indem er zusätzlich zu den Spendensammlungen in der lokalen ArbeiterInnenbewegung ein neues Finanzierungsmodell mittels Zeitungsabonnements entwickelte: „Gleichzeitig begannen wir Tribunal-Patenschaften zu schaffen, d.h. das Tribunal wird regelmäßig einem bestimmten Kreis von Personen zugestellt, die dafür je 1 Gulden bezahlen.

Im Oktober, wo wir damit begannen, kamen 31 Gulden ein, im November 115, im Dezember 200 Gulden. Georg glaubt, dass er im Januar auf 300 Gld. kommt und damit nicht nur seine Arbeit finanzieren kann, sondern auch für die erste Zeit einige Freunde, die wir als Leiter nach Essen, Köln und Düsseldorf vorgesehen haben.“ („Bericht über die Arbeit der Roten Hilfe Deutschlands für die Zeit vom 15. November 1934 bis 15. Januar 1935“, S. 7, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 124).

Anfang 1935 konnte endlich die Kommunikation zwischen der Berliner Leitung und dem reaktivierten Bezirk Niederrhein dauerhaft wiederhergestellt werden. Bis Frühsommer 1935 hatte sich die Solidaritätsorganisation gefestigt und widmete sich der finanziellen Unterstützung der Verfolgten sowie dem Vertrieb im Ausland gedruckter illegaler RHD-Publikationen. Der Versuch, die Hilfe zu systematisieren und möglichst alle Betroffenen nach gleichen Kriterien und in gleichem Umfang zu versorgen, war nicht überall erfolgreich. So waren in Düsseldorf Mitte 1935 zwar fünf Stadtteilgruppen tätig, doch konnten sie angesichts der zahllosen politischen Gefangenen nur minimale Beträge verteilen, während andere Ortsgruppen des Bezirks höhere Sätze auszahlen konnten.³

Einen harten Einschnitt stellte die Verhaftung des Instruktors Paul Papke im Mai 1935 dar, doch erlebte gerade zu dieser Zeit die Rote Hilfe am Niederrhein einen neuen Aufschwung. Seit Januar 1935 war es im Raum Wuppertal zu einer gewaltigen Terrorwelle gegen die illegale Gewerkschaftsbewegung gekommen, in deren Rahmen bis 1937 mindestens 1200 AktivistInnen verhaftet wurden; andere Schätzungen gehen von bis zu 1900 Menschen aus, die zumindest zeitweilig in Haft waren. Siebzehn AntifaschistInnen wurden bereits in den brutalen Verhören ermordet, rund 800 wurden schließlich vor Gericht gestellt und 600 von ihnen zu mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt.

Das Ausmaß und die Bestialität der Verfolgungen sorgten für breite Empörung und Solidaritätsaktivitäten, wobei neben Spendensammlungen anfangs sogar offener Protest sichtbar wurde. Koordiniert

von der RHD und der KPD führten die Ehefrauen der gefangenen Gewerkschafter kollektive Aktionen durch, um die Haftbedingungen zu erleichtern und Öffentlichkeit zu schaffen, indem sie beispielsweise in einer großen Gruppe zum Wuppertaler Gestapogefängnis fuhren und das Besuchsrecht bei ihren Männern einforderten.⁴

Allerdings schüchterte der anhaltende Terror viele zunehmend ein. So schrieb ein Mitglied der RHD Wuppertal im Mai 1935 an den Zentralvorstand in Berlin: „Die Beerdigung des zuerst erschlagenen Willi Muth wurde zu einer grossen Demonstration. Desgleichen die zweite, obwohl die Polizei hierbei den Friedhof abspernte und die Teilnehmer filmte. (...) Während die Organisation nach den ersten Verhaftungen in Wuppertal noch mit Gegenmassnahmen antwortete (Herausgabe eines Flugblattes usw.), bemächtigte sich später bei dem immer stärkeren Umsichgreifen der Verhaftungen der Genossen eine gewisse Depression, die in Wuppertal teilweise Panikstimmung wurde...“ („Bericht der R.H.D. Januar-Juli 1935“, 1. August 1935, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 145).

Massiv unterstützt wurde die illegale Rote-Hilfe-Arbeit durch Solidaritätsausschüsse im Ausland, insbesondere durch das niederländische Centraal Comité Wuppertal Prozess, das Öffentlichkeit in der internationalen Presse herstellte sowie Petitionen, Kundgebungen und Vorträge organisierte. Dem auf Initiative der Exil-RHD gegründeten Ausschuss gelang es, zahllose Prominente aus Kunst und Kultur, aus der ArbeiterInnen-, der Friedens- und der Frauenbewegung zu sammeln, wobei die Kommunistin Cläre Muth, die Witwe des bereits am 25. Januar 1935 von der Gestapo zu Tode gefolterten Willi Muth, eine Schlüsselrolle spielte. Cläre Muth, der nach der Verhaftung ihres Ehemanns die Flucht über die Grenze gelungen war, überzeugte viele bürgerliche SympathisantInnen und informierte durch unermüdliche Vortragsreisen durch verschiedene Länder, Reden auf Kundgebungen und Publikationen über die Prozesse. Die mehrjährige Tä-

tigkeit des niederländischen Wuppertal-Komitees bewertete der Zentralvorstand Anfang 1937 als vollen Erfolg und nahm sie zum Vorbild für effektive internationale Solidaritätskampagnen bei späteren Anlässen wie den Protesten gegen die Hinrichtung von Edgar André.⁵

Angesichts der brutalen Verfolgungen hatten sich die bestehenden RHD-Strukturen im Bezirk Niederrhein vergrößert und neue Zellen gegründet, die sich intensiv der Unterstützung für die Betroffenen widmeten. Eine unentbehrliche Ergänzung zu den vor Ort gesammelten Geldern waren die enormen Zuschüsse aus dem Ausland, die durch internationale Öffentlichkeitsarbeit und breite Spendenaufrufe eine Höhe von insgesamt etwa 12.000 RM erreichten. Die von KurierInnen ins Reichsgebiet geschmuggelten Beträge konnten direkt an die Verfolgten weitergegeben werden und stärkten die Bedeutung der gut vernetzten RHD-Zusammenhänge weiter, was sich auch in den angrenzenden Bezirken bemerkbar machte.

Doch die erfolgreichen illegalen Solidaritätsaktivitäten, die die Wucht des faschistischen Terrors zumindest etwas mildern konnten, waren den NS-Behörden ein Dorn im Auge, und unentwegt richteten sich Repressionsschläge gegen die Roten HelferInnen. Zu den perfidesten Einfällen zählten vorgebliche Sammelisten, die die Nazis in den Betrieben in Umlauf brachten, um SpenderInnen ausfindig zu machen.⁶ Ein vernichtender Einbruch gelang der Gestapo im Frühsommer 1936, als innerhalb weniger Monate 324 Mitglieder und SympathisantInnen der RHD verhaftet wurden.⁷ Weitere Schläge folgten, und die geschwächten Gruppen waren zunehmend ihrer überregionalen Kontakte beraubt, weshalb sich die Tätigkeit auf kleine Spendenkreise beschränkte, die bis zur Befreiung materiellen Beistand für Betroffene im Wohnumfeld organisierten. ❖

5 vgl. „Bericht der R.H.D. ueber die Hilfsarbeit und die Hilfsbewegung in Deutschland. (Berichtszeit zweite Haelfte des Jahres 1936.)“, S. 2, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 214

6 vgl. Cläre Quast, „Wie die Partei in Wuppertal den antifaschistischen Kampf organisierte“, in: Heinz Voßke (Hg.), Im Kampf bewährt, Berlin 1977, S. 51

7 vgl. Detlev Peukert, Die KPD im Widerstand, Wuppertal 1980, S. 272

3 vgl. „Bericht der R.H.D. Januar-Juli 1935“, S. 5, SAPMO RY I 4/4/27 Bl. 142

4 vgl. Elli Schmidt, „Die Vorbereitung und Auswertung der Brüsseler Parteikonferenz in der illegalen Arbeit“, in: Heinz Voßke (Hg.), Im Kampf bewährt, Berlin 1977, S. 19